

Preisregelung

der Vattenfall Europe Sales GmbH für die Strombelieferung von Gewerbekunden im Rahmen des Gewerbe XL Ersatzbelieferung-Tarifes außerhalb der Grundversorgung (Stand: September 2023)

Zur besseren Lesbarkeit verwenden wir im Text dieses Dokumentes die männliche Form. Gemeint sind jedoch immer alle Geschlechter.

§ 1 Preis

(1) Der Kunde verpflichtet sich, die zur Verfügung gestellte und abgenommene elektrische Energie zu bezahlen.

(2) Der Energiepreis besteht aus einem verbrauchsabhängigen Verbrauchspreis sowie einem monatlichen Grundpreis.

(3) Der vom Kunden für den von ihm jeweils gewählten Tarif zu zahlende Gesamtpreis ergibt sich aus dem im „Stromliefervertrag zur Strombelieferung von Gewerbekunden im Rahmen des Gewerbe XL Ersatzbelieferung-Tarifes außerhalb der Grundversorgung“ genannten Energiepreis zuzüglich der folgenden zusätzlichen Komponenten.

Die zusätzlichen Komponenten sind

- KWKG-Umlage,
- § 19 StromNEV-Umlage,
- Offshore-Netzumlage,
- Netzentgelte,
- Entgelt für den Messstellenbetrieb,
- Stromsteuer,
- Umsatzsteuer,

wie nachfolgend näher beschrieben. Diese zusätzlichen Komponenten werden auf den Rechnungen gesondert ausgewiesen.

(4) Die Höhe der in Abs. 3 genannten zusätzlichen Komponenten richtet sich jeweils nach den für den betreffenden Abrechnungszeitraum veröffentlichten Beträgen gemäß §§ 2 bis 8.

§ 2 KWKG-Umlage

(1) Die Umlage aus dem Energiefinanzierungsgesetz (EnFG) in Verbindung mit dem Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG) ist verbrauchsabhängig.

(2) Die KWKG-Umlage entspricht jeweils der Höhe nach der bundesweit einheitlichen KWKG-Umlage, welche die Übertragungsnetzbetreiber für das betreffende Lieferjahr in Cent/kWh auf ihren Internetseiten (www.netztransparenz.de) veröffentlichen. Unter dem Internetlink www.netztransparenz.de sind derzeit weitere Informationen über die einzelnen Berechnungsgrundlagen und -schritte für die KWKG-Umlage einsehbar.

(3) Wenn und soweit der Lieferant für den Kunden wegen einer Privilegierung nach dem EnFG, soweit für den Kunden alle für die Privilegierung vorgesehenen Voraussetzungen vorliegen, keine KWKG-Umlage oder eine KWKG-Umlage in geringerer Höhe als dem jeweiligen Regelsatz schuldet, stellt der Lieferant dem Kunden die KWKG-Umlage nur in der anfallenden Höhe in Rechnung. Dies gilt nicht, soweit und solange die Privilegierung mangels einer beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission nicht angewendet werden darf.

§ 3 § 19 Abs. 2 StromNEV-Umlage

(1) Die § 19 Abs. 2 StromNEV-Umlage ist verbrauchsabhängig.

(2) Die § 19 Abs. 2 StromNEV-Umlage entspricht jeweils der Höhe nach der bundesweit einheitlichen § 19 Abs. 2 StromNEV-Umlage, die die Übertragungsnetzbetreiber gem. § 19 Abs. 2 Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) i. V. m. §§ 26, 28 und 30 KWKG (in der bis 31. Dezember 2016 geltenden Fassung) und § 118 Abs. 6 Satz 9 – 11 EnWG i.V.m. § 19 Abs. 2 Satz 14 und 15 StromNEV i.V.m. §§ 26, 28 und 30 KWKG (in der bis zum 31. Dezember 2016 geltenden Fassung) für das betreffende Lieferjahr in Cent/kWh auf ihren Internetseiten (www.netztransparenz.de) veröffentlichen.

Es wird dabei zwischen drei verschiedenen Letztverbrauchergruppen unterschieden: Die Letztverbrauchergruppe A umfasst Strommengen für die jeweils ersten 1.000.000 kWh je Lieferstelle. Die Letztverbrauchergruppe B umfasst die Umlagehöhe für über 1.000.000 kWh hinausgehende selbst verbrauchte Strombezüge an einer Lieferstelle. Letztverbraucher, die Unternehmen des produzierenden Gewerbes oder Schienenbahnen sind und deren Stromkosten für selbst verbrauchten Strom im vorangegangenen Geschäftsjahr vier Prozent des Umsatzes im Sinne von § 277 HGB übersteigen, zahlen für über 1.000.000 kWh hinausgehende selbst verbrauchte Strombezüge

eine reduzierte Umlage. Sie werden der Letztverbrauchergruppe C zugeordnet. Letztverbraucher, die die Begünstigungen der Letztverbrauchergruppe B oder C in Anspruch nehmen wollen, müssen dem zuständigen Netzbetreiber bis zum 31. März des auf die Begünstigung folgenden Jahres den im vorangegangenen Kalenderjahr aus dem Netz bezogenen und selbst verbrauchten Strom sowie im Fall der Letztverbrauchergruppe C das Verhältnis der Stromkosten zum handelsrechtlichen Umsatz melden.

(3) Sofern die Übertragungsnetzbetreiber die § 19 Abs. 2 StromNEV-Umlage ändern, erfolgt eine entsprechende Anpassung der § 19 Abs. 2 StromNEV-Umlage in diesem Stromliefervertrag zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderung. Unter dem Internetlink www.netztransparenz.de sind derzeit weitere Informationen über die einzelnen Berechnungsgrundlagen und -schritte für die § 19 Abs. 2 StromNEV-Umlage einsehbar.

§ 4 Offshore-Netzumlage

(1) Die Offshore-Netzumlage ist verbrauchsabhängig.

(2) Die Offshore-Netzumlage entspricht jeweils der Höhe nach der bundesweit einheitlichen Offshore-Netzumlage, die die Übertragungsnetzbetreiber gem. EnFG i. V. m. § 17f Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) für das betreffende Lieferjahr in Cent/kWh auf ihren Internetseiten (www.netztransparenz.de) veröffentlichen. Unter dem Internetlink www.netztransparenz.de sind derzeit weitere Informationen über die einzelnen Berechnungsgrundlagen und -schritte für die Offshore-Netzumlage einsehbar.

(3) Wenn und soweit der Lieferant für den Kunden wegen einer Privilegierung nach dem EnFG, soweit für den Kunden alle für die Privilegierung vorgesehenen Voraussetzungen vorliegen, keine Offshore-Netzumlage oder eine Offshore-Netzumlage in geringerer Höhe als dem jeweiligen Regelsatz schuldet, stellt der Lieferant dem Kunden die Offshore-Netzumlage nur in der anfallenden Höhe in Rechnung. Dies gilt nicht, soweit und solange die Privilegierung mangels einer beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission nicht angewendet werden darf.

§ 5 Netzentgelt

(1) Das Netzentgelt entspricht dem für den betreffenden Lieferzeitraum veröffentlichten Netzentgelt des örtlichen Netzbetreibers, in dessen Netzgebiet die Lieferstelle liegt, und wird vom Lieferanten entsprechend der Berechnungslogik des Netzbetreibers ermittelt. Die KWKG-Umlage, die § 19 Abs. 2 StromNEV-Umlage und die Offshore-Netzumlage werden gesondert nach Maßgabe der vorstehenden Paragraphen berechnet. Das von dem Kunden zu zahlende Netzentgelt beinhaltet auch Konzessionsabgaben.

(2) Im Rahmen der monatlichen vorläufigen Rechnungslegung kann der Lieferant bis zur vollständigen Erfüllung aller Voraussetzungen des § 2 Abs. 7 Satz 1 Konzessionsabgabenverordnung zunächst die Konzessionsabgabe für Tarifkunden zugrunde legen. Bei Erfüllung aller Voraussetzungen erfolgt eine Erstattung zu viel gezahlter Konzessionsabgaben durch Aufrechnung im Rahmen der nachfolgenden Rechnungslegung für den gesamten Abrechnungszeitraum.

§ 6 Entgelt für den Messstellenbetrieb

(1) Das Entgelt für den Messstellenbetrieb entspricht dem für den betreffenden Lieferzeitraum veröffentlichten Entgelt für den Messstellenbetrieb des grundzuständigen Messstellenbetreibers, in dessen Zuständigkeitsbereich die Lieferstelle liegt, und wird vom Lieferanten anhand der im Lieferzeitraum an der Lieferstelle eingebauten Messeinrichtung entsprechend der Berechnungslogik des grundzuständigen Messstellenbetreibers ermittelt.

(2) Sollte anstelle des grundzuständigen Messstellenbetreibers ein Dritter mit dem Messstellenbetrieb beauftragt worden sein, ist das Entgelt für den Messstellenbetrieb nicht an den Lieferanten, sondern direkt an den Dritten zu zahlen.

(3) Der Kunde verpflichtet sich, den Lieferanten unverzüglich darüber zu informieren, wenn anstelle des grundzuständigen Messstellenbetreibers ein Dritter mit dem Messstellenbetrieb beauftragt wurde. Kommt er dieser Pflicht nicht nach, hat er die für den Lieferanten dadurch entstehenden Kosten zu tragen (z. B. für die Stornierung einer falsch an ihn gelegten Rechnung).

§ 7 Stromsteuer

(1) Alle oben genannten Preisbestandteile sind Nettopreise, zu denen die Stromsteuer in der jeweils gesetzlich festgelegten Höhe dazurechnet wird.

(2) Soweit und solange der Kunde von der Stromsteuer nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 des Stromsteuergesetzes (StromStG) oder nach § 4 StromStG befreit ist und dies jeweils vor Lieferbeginn durch Vorlage einer Erlaubnis nach § 9 Abs. 4 StromStG bzw. § 4 StromStG gegenüber dem Lieferanten nachweist, braucht der Kunde keine Stromsteuer zu zahlen. Ergeben sich beim Kunden Änderungen in Bezug auf die Stromsteuerbefreiung, ist er verpflichtet, den Lieferanten hierüber unverzüglich zu informieren. Dies gilt insbesondere, wenn seine Erlaubnis nach § 9 Abs. 4 StromStG oder § 4 StromStG aufgehoben, widerrufen oder in sonstiger Weise beendet wird. Sollte der Lieferant trotz der Vorlage der Stromsteuerbefreiung des Kunden als Stromsteuerschuldner in Anspruch genommen werden, verpflichtet sich der Kunde, den Lieferanten von diesen Ansprüchen freizustellen.

§ 8 Umsatzsteuer

Auf den Gesamtbetrag (inkl. Stromsteuer) wird die Umsatzsteuer in der jeweils gesetzlich festgelegten Höhe berechnet.

§ 9 Änderungen innerhalb eines Abrechnungszeitraumes

Ändert sich innerhalb eines Abrechnungszeitraums die Höhe einer oder mehrerer der in § 1 Abs. 3 genannten zusätzlichen Komponenten, so erfolgt eine zeitanteilige Berechnung der betreffenden zusätzlichen Komponente(n) innerhalb des Abrechnungszeitraums.